

---

FORSCHUNGSSTELLE FÜR ARBEITSMARKT- UND INDUSTRIEÖKONOMIK (FAI)  
UNIVERSITÄT BASEL, PETER MERIAN-WEG 6, CH-4002 BASEL, (061) 267 33 76

---

Der Produktionsfonds-Vorschlag der Unia

George Sheldon

Expertise erstellt im Auftrag der Angestellten Schweiz

Basel

12. September 2012

## **1. Produktionsfonds-Vorschlag der Unia**

Die Gewerkschaft Unia hat im Oktober 2009 vorgeschlagen, einen Produktionsfonds errichten zu lassen, der den ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft hierzulande fördern und möglichst viele bedrohte Arbeitsplätze retten soll. Begründet wurde der Vorschlag mit der fehlenden Bereitschaft der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Banken, nachhaltige und innovative Techniken und Verfahren zu finanzieren.

Der Produktionsfonds wäre eine Art Investitionsbank. Gespeist werden soll der Fonds mit Geldern aus der Zweiten Säule. Eine feste Verzinsung von vier Prozent und den Erhalt der BVG-Spargelder soll die Schweizerische Nationalbank garantieren. Der Bund soll eine Anschubfinanzierung leisten und die Gewinne aus der UBS-Beteiligung in den Fonds einschiessen. In einer zweiten Phase wäre der Fonds auch für weitere Kapitalanlagen wie etwa die Postfinance offen.

Der Vorschlag der Unia sieht zwei Form der Finanzierung durch den Produktionsfonds vor: Leasing-Finanzierungen und zinsgünstige Kredite. Das Kreditvolumen soll langfristig 30 Milliarden Franken umfassen.

Geführt werden soll der Fonds paritätisch durch die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und den Staat. Drei Bedingungen wären an die Finanzierung eines Projekts gebunden: Es müsste ökologisch sinnvoll sein, wirtschaftlich tragfähig sein und das Unternehmen müsste soziale Kriterien (GAV, Gleichstellung) erfüllen. Für Letzteres würde die Parität sorgen. Die anderen zwei Kriterien wären von entsprechenden Fachkräften zu prüfen.

Die Unia betrachtet den Produktionsfonds als ein Mittel zur Re-Industrialisierung der Schweiz. Durch Investitionen in die „Greentech“ sieht sie die Möglichkeit, Zehntausende neuer Arbeitsplätze in der Schweizer Industrie zu schaffen. Sie erachtet die „Greentech“ als die Leitindustrie dieses Jahrzehnts.

Die Unia will die Einführung des Produktionsfonds bei den kommenden GAV-Verhandlungen scheinbar in ihren Forderungskatalog aufnehmen.

## **2. Zur Marktanalyse der Unia**

Der Produktionsfonds ist von der Unia zu einem Zeitpunkt (Oktober 2009) konzipiert worden, als nicht wenige wirtschaftliche Forschungsinstitute mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote in der Schweiz auf über sechs Prozent im Laufe des Jahres 2010 ausgingen.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund bestand bei Unia die Befürchtung, dass der Schweiz die Arbeit ausgehen würde. Eingetreten ist allerdings gerade das Gegenteil. Seit Ende 2009 hat die Beschäftigung in der Schweiz stark zugenommen, und die Arbeitslosigkeit ist unter drei Prozent ge-

---

<sup>1</sup> Eine Ausnahme war die FAI, die eine Senkung der Arbeitslosenquote unter vier Prozent für das Jahr 2010 voraussagte, was auch eintrat. Vgl. hierzu Sheldon, G., „Wende auf dem Schweizer Arbeitsmarkt in Sicht“, NZZ, Nr. 287, 10. Dezember 2009, S. 27.

fallen, und das trotz starker Zuwanderungen und eines überbewerteten Frankens. Angesichts der seit 2009 erfolgten positiven Entwicklung überrascht es sehr, dass die Unia an ihrer Forderung nach der Errichtung eines Produktionsfonds noch festhält.

Dass die Beschäftigung in den gewerblich-industriellen Produktionsberufen, einem traditionellen Rekrutierungsgebiet der Unia, gesunken ist, steht allerdings ausser Frage. Aber dies ist eine Folge langfristiger Trendentwicklungen, denen alle modernen Industrienationen unterliegen, und nicht ein Zeichen von Marktversagen. Dabei handelt es um drei langfristige Prozesse:

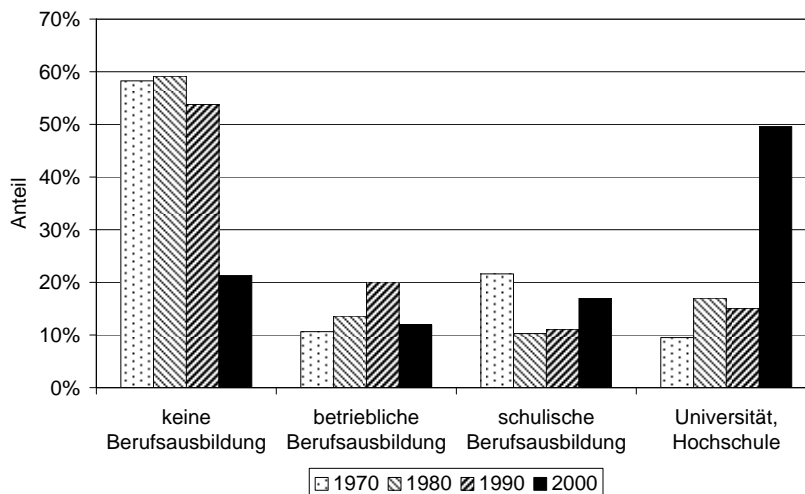
- die wachsende Internationalisierung der Arbeitsteilung (Stichwort: Globalisierung, Offshoring), die dafür sorgt, dass immer mehr einfache, repetitive Tätigkeiten ins Ausland abwandern und einen wachsenden Anteil an anspruchsvolleren Beschäftigungen zurücklassen, die höhere Qualifikationen erfordern;
- den bildungsintensiven („skill-biased“) technischen Fortschritt, der eine steigende Nachfrage nach Höherqualifizierten zu Lasten von Un- und Angelernten auslöst, und
- die Tertiarisierung der Arbeitswelt bzw. die kontinuierliche Verlagerung der Beschäftigung von den gewerblich-industriellen Tätigkeiten hin zu den Dienstleistungsberufen, was erfahrungsgemäss die Nachfrage nach schulischen bzw. akademischen Berufsausbildungen ansteigen lässt.

Diese Entwicklungen haben auch dazu beigetragen, dass die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in fast allen Industriestaaten trendmässig abnimmt. Die Produktionsarbeiter haben den Gewerkschaften nicht etwa den Rücken gekehrt, sondern es gibt immer weniger Industriearbeiter gewerkschaftlich zu organisieren.

Der Wandel der Nachfrage der schweizerischen Firmen nach Arbeitskräften ist auch am Bildungsstand der im Ausland rekrutierten Arbeitskräfte zu sehen. Wie die nachfolgende Grafik zeigt, waren vor 1990 über 50 Prozent der im Ausland rekrutierten ausländischen Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung und weniger als 20 Prozent im Besitz eines Hochschulabschlusses. Seitdem haben sich die Verhältnisse aber diametral verändert. Nur noch 20 Prozent der im Ausland rekrutierten ausländischen Arbeitskräfte haben keine Berufsausbildung, während nunmehr 50 Prozent einen Hochschulabschluss aufweisen.

Gegen diese Entwicklungen anzukämpfen ist aussichtslos. Es wird nicht zu einer Re-Industrialisierung der Schweiz kommen, wenngleich potente Industriebranchen wie die Maschinenindustrie hierzulande weiterhin florieren dürften. Ferner ist anzumerken, dass der Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze von Produktionsarbeitern nicht ein Verschwinden der Industrie schlechthin bedeutet. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland heisst nicht, dass die Wertschöpfung der Industrie darunter leidet. In diesem Zusammenhang ist etwa an Apple, die gegenwärtig wertvollste Firma der Welt, zu denken, deren Produkte allesamt in Asien hergestellt werden, während die Gewinne in den USA anfallen. Ein ähnliches Beispiel für die Schweiz bietet die Firma Logitech, die Computer-Zubehör produziert.

*Bildungsstand<sup>2</sup> der in den jeweils vorausgegangenen fünf Jahren zugewanderten ausländischen Vollzeitbeschäftigten über 29 Jahre, 1965-2000*



Quelle: Harmonisierte Personen-Daten der Volkszählungen 1970-2000, Bundesamt für Statistik (Neuchâtel), eigene Berechnungen

Ferner ist die Unia der Meinung, dass die Greentech der Schweiz grosse Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Die jüngsten Erfahrungen der Solarindustrie sprechen aber eine andere Sprache. Reihenweise gehen gegenwärtig die Hersteller von Solarpaneelen in Nordamerika und Europa aufgrund der oben genannten Trendentwicklungen und trotz üppiger staatlicher Subventionen pleite. Die modernen Industrienationen können in arbeitsintensiven Bereichen wie der Herstellung von Solarpaneelen mit Niedriglohnländern wie China, wohin sich die Produktion inzwischen verlagert hat, schlichtweg nicht konkurrieren. Wo sie hingegen konkurrieren können, ist bei der Entwicklung von Maschinen, welche Solarpaneele herstellen (Stichwort Maschinenindustrie). Solche Maschinen haben sich für die Deutschen als Exportschlager erwiesen. Hauptabnehmer sind chinesische Solarfirmen.

Das Produktionskonto-Konzept der Unia unterstellt ferner, dass es eine Kreditklemme in der Schweiz gibt, welche zahlreiche Investitionsvorhaben im Bereich der Greentech verhindert. Dies trifft aber nicht zu. Zu einem gibt es die staatliche Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in Bern, die im Jahr 2011 insgesamt 1110 F&E-Projekte beurteilte und mit insgesamt 208 Millionen Franken förderte. Zum anderen gibt es die Alternative Bank Schweiz (ABS) mit Sitz in Olten, welche als Ziel nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Förderung von ökologischen und sozialen Projekten hat. Mit einer Bilanzsumme von etwa eine Milliarde Franken hat sie zwar nicht die Dimension, die der Unia für ihren Produktionsfonds vorschwebt, aber selbst mit dieser kleinen Bilanzsumme kann sie nach Auskunft der Bank alle Vorhaben, die ihren Richt-

<sup>2</sup> Keine Berufsausbildung: Obligatorische Schule, Haushaltslehrjahr, Handelsschule 1-2 Jahre, Anlehre;  
 - Betriebliche Berufsausbildung: Berufslehre, Vollzeitberufsschule,  
 - Schulische Berufsausbildung: Diplommittelschule, allgemeinbildende Schule, Maturität, Lehrerseminar, Höhere Berufsausbildung  
 - Universität, Hochschule: Universität, ETH, FH, PH

linien genügen, finanzieren. Mit anderen Worten fehlt es in der Schweiz nicht an der Finanzierung, sondern eher an entsprechenden Vorhaben.

### **3. Zum Therapieverschlagn der Unia**

Da die Marktanalyse der Unia fehlerhaft ist, kann die von ihr vorgeschlagene Therapie kaum zielführend sein. Es besteht kein industriepolitischer Handlungsbedarf der von der Unia geschilderten Art. Zudem lässt sich eine Reihe von Aspekten ihres Therapieverschlagns grundsätzlich kritisieren.

- Zum einen ist darauf hinzuweisen, dass industriepolitische Massnahmen des Staates in der Regel erfolglos sind. Dafür gibt es unzählige Beispiele wie etwa die jahrelange staatliche Förderung des Überschall-Passagierflugzeuges oder neuerdings den erfolglosen Ausbau des Nürburgrings zu einem gigantischen Erlebnispark durch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, der über 300 Mio. Euro an Steuergeldern verschlang. Wenn es Projekte gibt, die zur Förderung durch den Produktionsfonds in Frage kämen und bei nüchterner Betrachtung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rendite und Risiko bieten würden, dann würden sich wohl Anleger finden, die gewillt wären aufzuspringen.
- Es ist nicht Aufgabe der Nationalbank, Verzinsungen und Einlagen zu sichern. Die Nationalbank hat einen einzigen gesetzlichen Auftrag: für die Stabilität der Währung zu sorgen. Der Versuch, die Nationalbank als Zinsgarant einzuspannen, gefährdet ihre politische Unabhängigkeit und damit die Effektivität ihrer Geldpolitik.
- Schliesslich setzt eine risikolose Verzinsung und Werterhaltung von Einlagen falsche Anreize. Die jüngste Finanzkrise hat doch deutlich gezeigt, welche katastrophale Folgen die Nichtbeachtung vorhandener Markttrisiken haben kann.

### **4. Fazit**

Die Analyse der Marktlage in der Schweiz durch die Unia ist nicht zutreffend. Infolge dessen ist ihr Therapieverschlagn nicht erfolgsversprechend. Zudem ist fraglich, ob GAV-Verhandlungen, die branchen- bzw. berufsbezogen sind, für die Durchsetzung gesamtwirtschaftlicher Zielsetzungen, welche alle Steuerzahler betreffen, dienen sollen. Die Errichtung eines Produktionsfonds der vorgeschlagenen Art würde ohnehin Gesetzesänderungen erfordern, was eine Aufgabe des Nationalrates und nicht einer Gewerkschaft ist.